presse

AG Bildung und Forschung

Betriebe müssen mehr ausbilden

***Rainer Spiering**, zuständiger Berichterstatter:*

Der Berufsbildungsbericht 2017 zeigt erneut mäßige Ausbildungsbereitschaft vieler Firmen, nur noch jeder fünfte Betrieb bildet überhaupt aus. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Betriebe auf, wieder mehr auszubilden – auch über den eigenen Bedarf hinaus.

„Mit 520.300 neuen Ausbildungsverträgen ist der rückläufige Trend nicht gestoppt In den vergangenen zehn Jahren wurden fast 60.000 Plätze abgebaut. Im Jahr 2006 gab es noch 576.000 Verträge. Nicht nur kleine Betriebe ziehen sich aus der Ausbildung zurück, auch große Unternehmen und der Öffentliche Dienst bilden immer weniger Jugendliche aus. Die SPD-Bundestagsfraktion appelliert an die Arbeitgeber, auch über Bedarf ausbilden und Jugendlichen eine Chance zu geben, die auf den ersten Blick nicht wie der ideale Azubi wirken. Das Instrument der Assistierten Ausbildung kann hier hilfreich angewendet werden. Erfreulich ist, dass die in der Allianz für Aus- und Weiterbildung angestrebten 10.000 Plätze fast erreicht wurden. Daher setzt sich die SPD-Bundestagfraktion für eine Verstetigung der Assistierten Ausbildung und der Ausbildungsbegleitenden Hilfen ein.

Von der Wirtschaft wird immer wieder der drohende Fachkräftemangel in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) beklagt. Das passt aber nicht zum Ausbildungsverhalten der Betriebe. An den Jugendlichen kann es nicht liegen, sie zeigen laut Bundesagentur für Arbeit ein wachsendes Interesse an MINT- Ausbildungsplätzen.

Um das erfolgreiche System der dualen Ausbildung fit für die Zukunft zu machen, bedarf es einer Reform des Berufsbildungsgesetzes. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass ehrenamtliche Prüfer freigestellt und bezahlt werden und es einen Rechtsanspruch auf einen sogenannten Durchstieg gibt, Absolventen einer zweijährigen Ausbildung im Anschluss ohne Zeitverlust noch einen Abschluss in einem dreijährigen Ausbildungsberuf

anhängen können. Außerdem sollen Azubis, die älter als 18 sind, für den Berufsschulunterricht freigestellt werden.“